

Sie ist der Meinung, daß diese Aktivität bei diesem Fall nicht stehen bleiben werde und spricht von zwei Möglichkeiten, die in ägyptischen Kreisen erwogen werden. England suche beim Negus um Erteilung einer Konzession für den Bau eines Wasserreservoirs am Tana-See nach, um im Falle eines Sieges des Negus in dem bevorstehenden Krieg Abessinien zu binden. Falls jedoch Italien siegen sollte, könne England die Achtung dieses Vertrages von Italien fordern, da Mussolini die Rechte des Sudans und Ägyptens garantiert habe.

Die Zeitung vermutet ferner, daß im Falle eines Krieges ein angloägyptisches Expeditionskorps zur Befehung des Tana-See-Gebietes entsendet werden würde, um die Rechte des Sudans und Ägyptens zu wahren.

Italienischer Einspruch

Wie das Londoner Reuterbüro berichtet, habe die Rede des abessinischen Gesandten in London zu einem Einspruch der Italiener in Addis Abeba geführt. Die Italiener führten sich durch die „ungewöhnliche Sprache“ des Gesandten gekränkt und besonders dadurch, daß Dr. Martin in seinem Vortrag u. a. erklärt habe, daß das bedauernde italienische Volk sehr viel eher eine Sklavenbefreiung brauche als die Hausflaven in Abessinien. Dies sei nach italienischer Ansicht eine ganz beispiellose Art, sich über ein Land zu äußern, mit dem man sich zur Zeit noch im Friedenszustand befinde.

Völkerverbundskrise selbst verschuldet

Eine Feststellung des Minderheitenkongresses.

Genf, 4. September.

Der 11. europäische Nationalitätentag ist mit der Annahme von drei Entschlüssen, die sich auf die Lage der Nationalitäten im autoritären Staat, auf das Recht zum freien Gebrauch von Ortsnamen in der Muttersprache und auf den Schutz der Volkstumrechte durch den Völkerverbund beziehen, abgeschlossen worden. Der Kongress erklärte sich bereit, jeweils einer befriedigenden und gerechten Lösung der Minderheitenfrage mit allen politischen Regimen, soweit deren grundsätzliche Einstellung zum Nationalitätenproblem es ermöglichte, in positiver Weise zusammenzuarbeiten.

In der Frage des Gebrauchs der Ortsnamen in verschiedenen Staaten stellt die Entschlüsse fest: Die Ortsnamen im weitesten Sinne bilden in der Gestalt, wie sie der Genius eines Volkes dem Besiz seiner Sprache gemäß schuf, einen integrierenden Bestandteil der Sprache des betreffenden Volkes. Wenn der Gebrauch der Ortsnamen in der mündlichen Rede, in der Schrift oder im Druck, insbesondere in der zusammenhängenden Äußerung von Gedanken in der gleichen Sprache, zu der diese Namen gehören, behindert, verwehrt oder gar unterdrückt wird, bedeutet dies in erster Linie eine Verfündigung gegen das Gebot der Achtung und Pflege eines der wichtigsten Lebensgüter eines jeden Volkes und eines jeden einzelnen seiner Angehörigen.

Die Entschlüsse über das Verhältnis zum Völkerverbund lautet: Die in Genf zum ersten Male versammelten Vertreter der europäischen Nationalitäten stellen fest, daß die Unterdrückung der nationalen Minderheiten ungehemmt fortschreitet. Diese Entwicklung hat der Völkerverbund nicht gehindert, wodurch nicht zuletzt die weitere Verschärfung seiner Krise mitersehbar wurde. Der Kongress erhebt daher nochmals eindringlich seine warnende Stimme und macht auf die Gefahren aufmerksam, die sowohl für die in gemischtnationalen Staaten lebenden Volksgruppen als auch für die Gesamtheit aller Staaten und Völker Europas entstehen. Die drohenden Folgen der tiefgehenden Enttäuschung und Erbitterung vieler vom Kongress vertretenen Millionen von Europäern verschiedener Volks- und Staatszugehörigkeit können nur vermieden werden, wenn alsbald die natürlichen, zumindest aber die international garantierten Volkstumsrechte verwirklicht werden.

Erwähnenswert ist noch, daß in der Aussprache zur Frage der Lage der Nationalitäten im autoritären Staat ein slowenischer Redner darauf hinwies, daß im nationalsozialistischen Deutschland die Achtung fremden Volkstums und die Ablehnung aller Art der Entnationalisierungsbestrebungen einen wichtigen Bestandteil der offiziellen Politik bilden.

Erklärung des abessinischen Vertreters

Nach Aloisi sprach der abessinische Vertreter, Professor Zeje. Er erinnerte den Völkerverbund an die bisherigen Schritte Abessinien, das sich nacheinander auf die Artikel 11 und 15 bezogen habe. Das Schiedsverfahren wegen des Zwischenfalls von Ual-Ual habe der italienischen Regierung immer wieder Gelegenheit gegeben, der Anwendung des Paktes auszuweichen. Gleichzeitig habe sie ihre militärischen Vorbereitungen unaufhörlich verstärkt. Der Zwischenfall von Ual-Ual sei jetzt durch den einstimmigen Beschluß der Schiedsrichter aus der Welt geschafft. Nunmehr suche Italien einen neuen Vorwand, um Zeit für die weitere Vorbereitung der Gewaltanwendung zu finden.

Die italienische Denkschrift schaffe mit ihrem Versuch, die inneren Angelegenheiten eines Völkerverbandsmitgliedes zur Störung zu stellen, einen ersten Präzedenzfall. Die abessinische Regierung sei bereit, darauf zu antworten. Aber der Völkerverband dürfe nicht übersehen, daß die Zerwürfnisse und daß ein Vernichtungskrieg gegen ein Völkerverbandsmitglied beabsichtigt vorbereitet werde.

Nach einer kurzen Erklärung des spanischen Vertreters, der die Anwendung des Paktes zur Aufrechterhaltung des Friedens forderte, schloß der Völkerverband die Sitzung mit dem Bemerkten, daß die abessinische Regierung zweifellos zu den Erklärungen des italienischen Vertreters Stellung zu nehmen wünsche. Der Rat werde deshalb erneut zusammenreten. Der Zeitpunkt werde noch bekanntgegeben werden.

Ein salomonisches Urteil

„Giornale d'Italia“ zu dem Urteil des italienisch-abessinischen Schiedsgerichts.

Rom, 4. September. „Giornale d'Italia“ veröffentlicht einen unverkennbar von oben inspirierten Kommentar zum Abschluß der Verhandlungen des Ual-Ual-Ausschusses, dessen Ergebnisse in hiesigen unterrichteten Kreisen als ein „salomonisches Urteil“ bezeichnet werden. Das Blatt spricht von einem typischen Völkerverbandskompromiß. Der Spruch des Schiedsrichterausschusses bedeute im wesentlichen eine Freisprechung Italiens wegen Nichtvorhandenseins einer Schuld und ein zweifelhaftes Urteil über Abessinien wegen Mangels hinreichender Beweise.

Hochachtung vor dem deutschen Arbeiter

Dr. Schacht auf der ersten Sitzung der Reichswirtschaftskammer

In der ersten Sitzung des Beirats der Reichswirtschaftskammer führte Reichswirtschaftsminister Dr. Schacht u. a. aus:

Die Reichswirtschaftskammer ist eine selbständige Organisation; sie ist korporatives Mitglied der Arbeitsfront, aber sie regelt ihre Angelegenheiten selbst, und der Verlehr der Arbeitsfront mit uns vollzieht sich über die Leitung unserer Organisation. Ich kann versichern, daß zwischen der Leitung der Arbeitsfront und mir ein absolut vertrauensvolles Verhältnis herrscht. Das, was im Systemreich das ganze Wirken der Wirtschaft ungeheuer belastet hat, ist doch letzten Endes die absolute Trennung gewesen, die sich schließlich zwischen den Arbeitnehmern und den Arbeitgebern herausbildete. Der Kampf dieser Fronten mußte notgedrungen Formen annehmen, die auch in sozialer, das heißt in menschlicher Hinsicht, überaus bedauerlich wurden. Das ungeheure Große, was uns Adolf Hitler und seine Bewegung gebracht hat, ist, daß dieser Gegensatz aus der Welt geschafft wird, und ich habe nie einen anderen Gedanken gehabt, als daß für die innere Politik und insbesondere für das wirtschaftliche Gedeihen des deutschen Volkes nichts von so entscheidender Bedeutung ist wie die Frage, ob sich Betriebsführer und Befolgschaft verstehen oder nicht. Wer etwa noch in den alten Gedankengängen befangen ist, dem kann ich nur dringend raten, sich einmal vorzustellen, was werden sollte, wenn der alte Gegensatz zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wieder auflebte, wenn wir nicht alle versuchen müßten, an dem einen großen Ziel zu arbeiten; daß wir auch in dieser Beziehung, wie ich es neulich ausgedrückt habe, in einem Boot sitzen und daß der eine ohne den anderen nicht leben kann.

Wenn die Organisation der Wirtschaft auf der einen Seite steht und auf der anderen Seite die Deutsche Arbeitsfront, der zwar der Unternehmer als Einzelperson angehört, so wird, wenn hier nicht eine organische Zusammenarbeit zwischen diesen Organisationen geschaffen wird, im Lauf der Zeit die Gefahr immer größer, daß sich die Arbeitsfront zu einer Gewerkschaftsorganisation und die Unternehmerfront zu einer Arbeitergewerkschaft entwickelt.

Daher gab es hier nur eine Möglichkeit: dem anderen Teil die Hand zur gemeinsamen Arbeit hinreichen, ihm ganz genau zu sagen, was man will, ihm sagen: Wir haben Verständnis für deine Aufgaben; diese Aufgaben sind a-

meinsame, wir können sie nicht gegeneinander lösen, wir können und müssen sie nur miteinander lösen.

Ich habe vor dem deutschen Arbeiter und vor seinem Verhalten in den letzten Jahren eine unerhörte Hochachtung. Als Menschen haben sich die deutschen Arbeiter in dieser Zeit gezeigt, wie ich es früher vielleicht nie für möglich gehalten habe. Diese Stimmung und diesen Willen der Arbeiterfront werden Sie nur festhalten können, wenn Sie nur in der richtigen Richtung auswerten können, wenn Sie Ihrerseits daselbe Gefühl und dieselbe Stimmung dem Arbeiter gegenüber haben und durchziehen. Dazu soll die Leipziger Vereinbarung das Mittel sein.

Daß sich dabei noch manche Schwierigkeiten untergeordneter organisatorischer und personeller Art zeigen werden, ist ganz selbstverständlich, aber in dem Grundgedanken und in dem Grundgefühl sind sich die Führenden einig, und es wird jetzt ganz stark darauf ankommen, wie Sie sich in dieser Sache verhalten. Selbstverständlich wird es ebenso darauf ankommen, wie der andere Teil mitzuarbeiten bereit ist. Aber ich habe daran nicht den leisesten Zweifel. Das hindert nicht, daß wir neben der Zusammenarbeit in der Arbeits- und Wirtschaftskammer unsere eigenen Aufgaben in der Reichswirtschaftskammer haben, allerdings Aufgaben, wie sie die alten Arbeitgeberverbände sich gestellt hatten, hat die Organisation der gewerblichen Wirtschaft in keiner Weise zu erfüllen.

Ich habe als Minister die Voraussetzungen der Zusammenarbeit geschaffen, jetzt ist es Ihre Aufgabe, mit derselben Loyalität, aber auch mit derselben Festigkeit im Kreis Ihrer Wirksamkeit die Zusammenarbeit mit der Arbeitsfront zu praktischen und fruchtbaren Ergebnissen vorwärtszubringen.

Dem Typ des Unternehmers, der sofort zusammenknickt, wenn Anforderungen charakterreicher Art an ihn herantreten, steht auf der anderen Seite ein Typ gegenüber, der rücksichtslos seinen Herrenstandpunkt wahr und in dogmatischer Starre und Enge alles ablehnt, was von einer anderen Seite an ihn herantritt. Beide Typen lehne ich entschieden ab. Der Typ aber, der in vollem Verständnis für die großen Aufgaben in verständiger und loyaler Weise den Weg gemeinsamer Arbeit sucht, und trotzdem Haltung bewahrt, selbst wenn ihm einmal einige Schwierigkeiten entgegen sollten, dieser Typ, der leider nicht gerade übermäßig häufig vertreten ist, wird bei mir jederzeit rückhaltlos Unterstützung finden.

Neuer Anschlag Kownos

Ausschaltung des Memeler Deutschstumsführers?

Memel, 4. September.

Die Bekanntgabe der memelischen Einheitsliste, an deren Spitze der frühere Landespräsident Dr. Schreiber steht, ist von litauischer Seite mit einer neuen schweren Rechtsverletzung beantwortet worden. Die litauische Regierung soll die Absicht haben, die Kandidatur Dr. Schreibers mit der Begründung zu verhindern, daß Zweifel an seiner Staatsangehörigkeit bestehen.

Von memeländischer Seite wird demgegenüber darauf hingewiesen, daß es sich bei dem Versuch der Ausschaltung Dr. Schreibers um einen neuen unerhörten litauischen Willkürakt handelt. Dr. Schreiber ist seit 13 Jahren Memeländer. Er ist 1932 in den Landtag gewählt worden, und der damalige litauische Gouverneur hat ihn in Auswirkung dieser Wahl zum Landtagspräsidenten ernannt, ohne daß Zweifel an seiner Staatsangehörigkeit geäußert wurden. Wenn ausgerechnet jetzt diese Begründung herhalten muß, dann ist die Absicht unverkennbar, memeländische Deutschstumsführer zum Nachteil der Memeländer kalt zu stellen, während auf der anderen Seite Tausenden von Nichtmemeländern aus Großlitauen das Wahlrecht widerrechtlich erteilt wird.

Die Wahlkommission, deren Entscheidung noch aussteht, würde sich durch die Bestätigung der Streichung Schreibers einer schweren Rechtsverletzung schuldig machen, da Schreiber 1922 auf Grund des deutschlitauischen Optionsvertrages vorschrittsmäßig für Litauen optiert hat.

Die Ausgabe des „Memeler Dampfbootes“ vom 4. September wurde wegen der nachmaligen Veröffentlichung einer Anzeige, in der die Wähler aufgefordert werden, zur Deckung der Wahlkosten für die Einheitsliste Spenden zu stiften, vom Kriegskommandanten beschlagnahmt. Die Anzeige hatte folgenden Wortlaut: „Wähler! Die Wahl kostet Geld! Pflicht aller Wähler ist es, zu den Unkosten beizutragen.“ Diese Maßnahme zeigt erneut, daß auch die harmloseste Wahlpropaganda für die memeländische Einheitsliste in Memel unterbunden werden soll.

Neuer litauischer Willkürakt

Dr. Schreiber die Staatsangehörigkeit entzogen.

Memel. Dem früheren Landespräsidenten und jetzigen Spitzenkandidaten der memeländischen Einheitsliste zur Wahl am 29. September, Dr. Schreiber, ist die Staatsangehörigkeit entzogen worden. In der Begründung heißt es, daß Dr. Schreiber die litauische Staatsangehörigkeit als Bürger des Memelgebietes durch unrichtige Beeidung erhalten habe. Er und seine Familie werden von nun an als Ausländer geführt.

Unter dem Verdacht des Gattenmordes. Am Sonntag, den 1. September, wurde in Kodersdorf (Kreis Rathenburg) in der Oberlausitz ein Mann namens Georg Bay verhaftet. Er steht im dringenden Verdacht, in der Nacht zum 28. 8. 1935 seine Ehefrau Frieda Bay ermordet zu haben, um in den Besitz einer größeren Versicherungssumme zu gelangen. Die Ermittlungen ergaben, daß der Tod der Frau Frieda Bay unter recht eigenartigen Umständen eingetreten ist. Besonders verdächtig ist auch der Umstand, daß der Beschuldigte erst etwa zwei Monate vorher für seine Ehefrau trotz ungünstiger Vermögenslage eine hohe Lebensversicherung eingegangen war. Die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen.

Italien fordert weitere Verstärkung seiner Gesandtschaftswache in Addis Abeba

Paris, 4. September. Der Sonderberichterstatter des „Paris Soir“ meldet seinem Blatt aus Addis Abeba, daß der italienische Gesandte den Negus um die Einwilligung zu einer Verstärkung der Gesandtschaftswache gebeten habe. Der Gesandte habe gefordert, die Wache um weitere 84 Mann verstärken zu können. Der Negus habe bis zum Augenblick jedoch noch keine Antwort erteilt.

Ban
Raupan
render
lern über
dabei ge
wurden
panisches

700

Jur
M
strophe a
fordert h
siedung
wästel w
merhaufe
sturm üb
ten gefü
ebenfalls
von den
geschleud
stieren.

Brä
res-, Ma
stung im
den fehl
hat num
der dorth
raten ur
Dampfer
Südspite
grobes U
Ein Heru
maldich.

Re w
Miami (C
grauehuf
weit aufg
trümmer
berichten,
Luft getra
lamtzahl

R

Die I
den ersten
Tagen
Lopp, am
alles in g
mongolisch
sicher Ba

Das
dieser Gef
schmgesta
Stuhl ode
Raum ein
form zwif
Schlafplat
sische Kan
bis acht 2
Ende Juli
gerne gefa
der Bauer
ihnen und
die Insekt
her: Fische
klügeltes
tablen Be
äußerste C

Nachd
Gefangen
wir durch
und ich h
Flucht un
zu denken
besserung
freundlich
uns wenig
Sollten ir
stehen, so
Einspruch

Es w
diese Herr
lere Uhrer
die Funtk
strumente
schießen. U
wommen, u
zur eventue
wahrchein

An je
tag, währe
unter den
tag waren,
regung un
den später,
frisch gefü
regter Man
entfernten
genommen
wir sollten
zu retten,
Bauchang